LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
12. Wahlperiode

Drucksache 12/5391
15. 09. 1994

Mündliche Anfrage

des Abgeordneten Dietmar Rieth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verhinderung von mittelständischen Investitionen auf dem Hahn

Seit Beginn des Jahres ist der Baukonzern Wayss & Freytag mit der Vermarktung der ehemaligen Air Base Hahn beauftragt. Die Parallelität zur Camar Finance-Pleite in Zweibrücken ist auffallend. Auch Wayss & Freytag will das Gesamtgelände kaufen und vermarkten. Die Vorstellung konkreter Pläne verzögert sich allerdings schon seit Monaten. Von besonderer Brisanz ist, daß eine 24-Stunden-Fluggenehmigung in den Plänen des Baukonzerns eine zentrale Rolle spielt. Im Gegensatz dazu haben mehrere mittelständische Unternehmen aus dem Hunsrück bereits vor Monaten ihre Investitionsbereitschaft für unterschiedliche Projekte auf dem Hahn bekundet. Nach einem Radiobericht vom 14. September 1994 in SWF 1 könnten von dem heimischen Gewerbe in kurzer Zeit 100 Mio. DM investiert und Arbeitsplätze geschaffen werden. Statt dessen wird die „unternehmerische Initiative blockiert", so ein Unternehmervertreter im Radiobericht. Der Kreisausschuß des Rhein-Hunsrück-Kreises begegnet den Plänen der Landesregierung mit zunehmendem Mißtrauen. Deshalb hat er die Landesregierung aufgefordert, keine Verträge über die Zukunft des Hahn abzuschließen, ohne die betroffenen Kommunen und das regionale Gewerbe einzubeziehen.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung:

1. Seit wann ist der Landesregierung bekannt, daß mittelständische Unternehmen aus dem Hunsrück unabhängig von den Flughafen-Plänen auf dem Hahn investieren und Arbeitsplätze schaffen wollen?

2. Auf welche Weise wurden bzw. werden diese Unternehmen konkret von der Landesregierung in ihren Investitionsabsichten unterstützt? Um wie viele Unternehmen handelt es sich?

3. Aus welchen Gründen werden die investitionsbereiten Betriebe an einer konkreten Umsetzung ihrer Pläne auf dem Hahn-Gelände gehindert?

4. In welcher Weise enthält der Auftrag an Wayss & Freytag explizit die Aufforderung, auch die Pläne und Wünsche des regionalen Gewerbes zu berücksichtigen?

5. Wird die Landesregierung der Aufforderung des Kreisausschusses des Rhein-Hunsrück-Kreises entsprechen? Wenn nein, Begründung?

Dietmar Rieth

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 19. September 1994